

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.01.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Nord Stream 2: Wann kommen Antworten?**
Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 13.01.2023 3
- 2 | **Atomkraftwerk an der Ostsee – Polen plant seinen ersten Reaktor, in Deutschland ist man dagegen**
Berliner-Kurier.de, 12.01.2023 4

Nord Stream 2: Wann kommen Antworten?

Wer wusste was und wer steckte wem bei der umstrittenen Klimaschutzstiftung MV Gelder zu? Und noch immer fehlt der Jahresbericht 2021 – wer hält den unter Verschluss?

Schwerin. Monatelang wurde in insgesamt acht Sitzungen hinter verschlossenen Türen um Beweisanträge und die Herausgabe von Akten gefeilscht – jetzt endlich werden im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der Vorkommnisse rund um die Klimaschutzstiftung MV die ersten Sachverständigen öffentlich gehört. Heute werden die Sachverständigen Jens Hobohm (Direktor der Prognos AG) und Prof. Christian von Hirschhausen (Technische Universität Berlin) vor dem PUA Rede und Antwort stehen.

„Wir wollen zunächst die energie-, klima- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Planung der Pipeline Nord Stream 2 untersuchen. Diese Pipeline war in Deutschland und auch international bereits in der Planungsphase nicht unumstritten. Wir erwarten von den Experten eine umfassende, sachliche Erläuterung der Begründung für den Pipeline-Bau und der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland“, sagte Sebastian Ehlers, Vorsitzender des PUA, im Vorfeld der Sitzung. Und man erwarte eine Darstellung der bereits vor dem Genehmigungsverfahren und auch während der Bauphase öffentlich kommunizierten Kritikpunkte an dem Pipeline-Projekt, so der CDU-Politiker.

Hobohm und von Hirschhausen waren in den Jahren 2017 und 2018 bei ihren Untersuchungen über Sinn oder Unsinn der Pipeline zu entgegengesetzten Ergebnissen gekommen. Hirschhausen war an einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beteiligt, die zur Auffassung gelangt war, dass eine weitere Ostsee-Pipeline überflüssig sei. Die Prognos AG hatte in ihrer Untersuchung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Pipeline-Projekt hingegen einen weiter wachsenden Importbedarf vorhergesagt.

Die Klimaschutzstiftung war auf einstimmigen Beschluss des Landtags im Januar 2021 gegründet worden. Unter ihrem Deckmantel sollte der Fertigbau der Gasleitung ermöglicht werden, nachdem die USA beteiligten Firmen mit Sanktionen gedroht hatten. Nord

Stream 2 wurde fertig, bekam aber infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 keine Betriebserlaubnis von der Bundesrepublik Deutschland.

„Vom Aufklärungswillen der Regierung keine Spur“

Völlig undurchsichtig ist immer noch die Finanzierung der Klimaschutzstiftung. Die Stiftung hatte von der Nord Stream 2 AG sogenannte Zustiftungen in Höhe von insgesamt rund 20 Millionen Euro erhalten. Zur Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 hatte der von der Stiftung errichtete wirtschaftliche Geschäftsbetrieb im Auftrag der Nord Stream 2 AG Verträge mit rund 80 Unternehmen mit einem Gesamtvolumen von rund 165 Millionen Euro geschlossen. Die Aufträge sollen in Absprache mit der Nord Stream 2 AG ausgelöst und von dieser vorfinanziert worden sein. Die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV soll zehn Prozent der Auftragssummen als Entgelt für ihre Dienstleistungen bekommen haben.

Allerdings fehlt im Januar 2023 immer noch der Jahresbericht der Klimastiftung aus dem Jahr 2021. Das stößt unter anderem bei den oppositionellen Grünen im MV-Landtag auf scharfe Kritik. „Seit September 2022 warten wir darauf, dass die Stiftung ihre Geschäftszahlen für das Jahr 2021 offenlegt. Auf meine Nachfrage im November vergangenen Jahres hat die Landesregierung bekannt gegeben, dass die Frist bis zum 9. Dezember 2022 verlängert wurde. Doch immer noch nicht ist der Bericht im zuständigen Rechtsausschuss des Landtages angekommen“, betonte Constanze Oehrich, rechtspolitische Sprecherin in der grünen Fraktion.

Dass Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Linke) als Stiftungsaufsicht dem Rechtsausschuss Informationen vorenthalte, sei ein ungeheuerlicher Vorgang. Oehrich wörtlich: „Die Justizministerin mauert und die Regierungskoalition lässt sie gewähren. Von Aufklärungswillen und Transparenz fehlt in der rot-roten Landesregierung weiterhin jede Spur.“

 Berliner-Kurier.de | 12.01.2023

 Doris Heimann, dpa

 WEBLINK

Atomkraftwerk an der Ostsee – Polen plant seinen ersten Reaktor, in Deutschland ist man dagegen

Große Vorratsgläser mit getrockneten Steinpilzen stehen auf dem grünen Kachelofen. Durch die bodentiefen Fenster ihres Esszimmers blickt Joanna Zwierzchowska auf die schneebedeckte pommersche Landschaft. „Dies ist meine Oase“, sagt die 51-jährige Geschäftsfrau, die in Danzig ein Reisebüro betreibt. Doch die Idylle ist gefährdet.

300 Kilometer von deutscher Grenze

Denn Zwierzchowskas Haus steht in Slajszewo, einem Dorf an der polnischen Ostseeküste. Hier in der Nähe, gut 80 Kilometer nordwestlich von Danzig und etwa 300 Kilometer von der Grenze zu Deutschland, soll voraussichtlich Polens erstes Atomkraftwerk gebaut werden. Nicht nur in der Region stößt das auf Widerstand. Auch in Deutschland verfolgt man die polnischen Atom-Pläne mit Sorge.

Anfang November hat Polens nationalkonservative PiS-Regierung dem US-Konzern Westinghouse den Zuschlag für den Bau des ersten AKW im Land gegeben. Die Baukosten sollen umgerechnet 18,6 Milliarden Euro betragen. Zum Standort sagte Klima- und Umweltschutzministerin Anna Moskwa etwas diffus, die Präferenz gelte „der Gegend von Kopalino-Lubiatowo“. Das ist der Nachbarort von Slajszewo.

Spätestens 2026 soll mit dem Bau des ersten Reaktorblocks begonnen werden, der 2033 ans Netz gehen soll, heißt es in dem 2021 vorgelegten Strategiepapier „Polens Energiepolitik bis 2040“, das nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs aktualisiert wurde. Alle zwei Jahre nach 2033 soll ein weiteres AKW seinen Dienst aufnehmen. Bis 2043 sollen es sechs AKW werden. Auch will Warschau den Bau sogenannter kleiner modularer Reaktoren (SMR) durch private Investoren fördern.

Atomstrom nach Ausstieg aus der Kohle

Die Atomkraftwerke sollen Polen beim Ausstieg aus der Kohle helfen – gegenwärtig gewinnt das Land fast 80 Prozent seiner Energie aus Stein- und Braunkohle. Nicht nur die hohen Emissionswerte sind ein Problem. Nach Prognosen des staatlichen Geologischen Instituts reichen die für den Abbau geeigneten Steinkohlevorhaben noch für 50 Jahre – bei der Braunkohle könnte schon in 20 Jahren Schluss sein.

Mit dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise hat sich die Stimmung in der polnischen Gesellschaft gedreht. Noch im Juni 2021 waren 45 Prozent der Polen gegen Atomkraft, 39 Prozent dafür. In einer aktuellen Umfrage liegt der Anteil der Befürworter bei 75 Prozent.

Joanna Zwierzchowska lenkt ihren SUV über den Sandweg, der zum breiten Sandstrand von Slajszewo führt. In einem Kiefernwald hinter den Dünen ragen blaue Metallpoller aus dem Boden. Hier wurden Bodenproben für den möglichen AKW-Standort entnommen.

„Das gesamte Ökosystem dieser Ostseeregion ist gefährdet“, sagt die Aktivistin, die in der Bürgerinitiative Ostsee-SOS gegen den geplanten Bau mobil macht. In Slajszewo und den umliegenden Dörfern hängen an einigen Gartenzäunen gelbe Plakate mit den Slogans „Stop Atom“ und „Nein zum AKW in Slajszewo“. Groß ist der Protest nicht. Manche Bürger seien zwar dagegen, aber sie wollten keine Plakate aufhängen, sagt Zwierzchowska. Häufig würden Atomkraft-Gegner von den Befürwortern als „deutsche Agenten“ diffamiert.

Deutsche Bundesländer fordern Stopp für das Atomkraftwerk

Der Hinweis auf Deutschland kommt nicht von ungefähr: Die vier Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Berlin haben Polen aufgefordert, das Vorhaben zu stoppen. „Vor dem Hintergrund der verheerenden Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima sollte auf Pläne zur weiteren Nutzung der Kernenergie im Interesse der Bevölkerung und Umwelt aller Ostseeanrainer verzichtet werden“, heißt es in einer Mitte Dezember veröffentlichten Erklärung.

Mit vier Strichen seines Kugelschreibers markiert Bürgermeister Wislaw Gebka auf einer Karte die Stelle, wo das AKW stehen soll. „Ich kenne keine Gemeinde auf der Welt, die begeistert wäre, wenn alles zerstört wird“, sagt der Verwaltungschef der Gemeinde Choczewo, zu der Slajszewo gehört. Viele Menschen in der Küsten-

region lebten von der Vermietung von Ferienwohnungen und hätten Angst, dass ihre Existenzgrundlage vernichtet werde. „Aber als Beamter muss ich die Interessen der Gegner und die Interessen der Befürworter vertreten und gleichzeitig die Situation Polens berücksichtigen, das einen Platz zum Bau des AKW braucht.“

Es wäre nicht Polens erster Versuch, in Ostseennähe ein Atomkraftwerk zu bauen. Nur 23 Kilometer von Slajszewo entfernt liegt Zarnowiec. Dort sollte in kommunistischer Zeit Polens erstes AKW entstehen. Heute ragt eine riesige Bauruine mit verwitterten Betonklötzen und rostigen Stahlgittern in den Himmel. Das in den 80er Jahren begonnene Prestige-Projekt wurde 1990 aufgegeben. Denn nach der Katastrophe von Tschernobyl wuchs auch in Polen der Widerstand gegen die Atomkraft. „Das ist meine größte Sorge“, sagt Bürgermeister Gebka, „dass es bei uns genauso läuft wie damals in Zarnowiec.“